

Beamtenrechtliches Fürsorgeprinzip: Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen verkürzen!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Entschließung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz

vom 13. November 2023

Seit gut zwei Jahren erreichen uns verstärkt Beschwerden von Beihilfeberechtigten im Landesdienst über viel zu lange Bearbeitungszeiten ihrer Anträge.

Nach zahlreichen Kontakten zu Landesregierung und Landespolitik und anfänglicher strikter Weigerung wurde im Sommer auf unsere dringende Forderung nach mehr Personal im Beihilfenzernat des Landesamtes für Finanzen eingegangen: Zehn zusätzliche Stellen sind in der Dienststelle vorgesehen, um wieder zu erträglichen Bearbeitungsdauern kommen zu können.

Leider hat sich die Situation aber weiter verschlechtert.

Das ist untragbar.

Die Beihilfeberechtigten müssen viel zu lange auf Bescheide und Beihilfe warten.

Während im Frühsommer für allgemeine Beihilfeanträge eine Bearbeitungszeit von 24 Arbeitstagen ausgewiesen wurde, sind es aktuell 30 Arbeitstage (Stand: 19.10.2023).

Das entspricht sechs Wochen.

Bei den Anträgen auf Beihilfe mit Pflegebezug stieg die Bearbeitungsdauer von 29 Arbeitstagen auf aktuell 39 Arbeitstage.

Das entspricht fast acht Wochen.

Mitglieder berichten uns, dass sie noch länger auf die Bearbeitung und damit auf den überwiegenden Teil ihres Aufwendersatzes für in Anspruch genommene Leistungen im Krankheitsfalle warten und das Kostenrisiko bei abgelehnten Rechnungspositionen tragen müssen, während bei den Leistungserbringern meist nur zweiwöchige Zahlungsziele gelten.

So kann es nicht weitergehen.

Wir gehen wie bisher davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beihilfestellen unter den aktuellen Maßgaben in Auslastung ein vergleichsweise hohes individuelles Pensum schaffen mit höchstem persönlichem Einsatz.

Das Personal insbesondere im Beihilfenzernat des Landesamtes für Finanzen (originär und zugeordnet) arbeitet schon viel zu lange an der Belastungsgrenze.

Wir dringen weiterhin auf zügige, wirkungsvolle Problemlösung. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für akzeptable Bearbeitungszeiten zu sorgen.

